

Die Renten steigen – und die Beiträge sinken

Soziales Entlastung für Betriebe und Beschäftigte fällt allerdings winzig aus

VON BERNHARD JUNGINGER
UND CLAUDIA KNEIFEL

Berlin/Würzburg Die gute Konjunktur und ein Beschäftigungsrekord spülen erneut mehr Geld in die Sozialkassen. Davon profitieren die 21 Millionen Rentner allerdings deutlich mehr als Arbeitnehmer und Arbeitgeber: Während die Renten im kommenden Jahr um etwa drei Prozent steigen, dürfte der Beitragssatz zur Rentenkasse nach Einschätzung der Versicherer nur um vergleichsweise winzige 0,1 Prozentpunkte auf 18,6 Prozent sinken. Bei einem Bruttoverdienst von 3000 Euro monatlich macht das für einen Beschäftigten netto 1,50 Euro mehr auf der Lohnabrechnung aus.

Die Einnahmen der Rentenkassen hätten sich besser entwickelt als erwartet, betonte der Vorstandsvorsitzende der Rentenversicherung, Alexander Gunkel, in Würzburg. Für einen „Standardrentner“ in den alten Bundesländern, der 45 Jahre lang durchschnittlich verdient und entsprechend Beiträge gezahlt hat, bedeutet das ab Juli kommenden Jahres etwa 42 Euro mehr Rente im Monat. Im Moment bezieht dieser Standardrentner eine Rente von knapp 1400 Euro monatlich.

Gleichzeitig warnte Gunkel davor, im Lichte der guten Wirtschaftsdaten die Rentenversicherung jetzt mit neuen, teuren Leistungen zu belasten. „Die geburtenstarken Jahrgänge stehen derzeit noch ganz überwiegend im aktiven Arbeitsleben und bescheren den Sozialkassen ein Zwischenhoch.“ Diese Entwicklung dürfte sich jedoch in ihr Gegenteil verkehren, wenn diese Jahrgänge in Rente gingen und als Beitragszahler ausfielen. Ohne politische Eingriffe würde das Rentenniveau, also das Verhältnis von Einkommen zu Rente, von 48,3 Prozent im Jahr 2020 auf 42,2 Prozent im Jahr 2045 sinken.

Auch in den Sondierungsgesprächen über eine Jamaika-Koalition sorgt das Thema Rente für viel Ge-

sprächsstoff. Wie der CSU-Sozial-
experte Stephan Stracke betont, gibt es dabei „viel Konsens“, aber auch noch zahlreiche offene Fragen. Weitgehend einig sei sich die Runde über eine weitere Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten und eine verpflichtende Altersvorsorge für nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige, betonte der Kaufbeurer Abgeordnete gegenüber unserer Zeitung. Über die Ausgestaltung der Maßnahmen gebe es aber noch unterschiedliche Vorstellungen. Für die CSU sei zudem die Verbesserung der Mütterrente von zentraler Bedeutung: „Wir wollen die Gerechtigkeitslücke schließen und Müttern, die ihre Kinder vor 1992 auf die Welt gebracht haben, künftig auch das dritte Jahr Erziehungszeit in der Rente anrechnen.“

Geeinigt hat sich die Runde nach Strackes Worten bereits auf die Bildung einer Rentenkommission. Sie soll bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten, wie das Rentenniveau und der Beitragssatz langfristig stabilisiert werden können. (mit dpa)

Mit der Rente beschäftigt sich auch der **Leitartikel**. Welche Rolle Angela Merkel in den Gesprächen über eine Jamaika-Koalition spielt, lesen Sie in der **Politik**.

Der Beitragssatz

Auch wenn der Rentenbeitrag jetzt leicht sinkt: Auf Dauer wird er deutlich steigen. Nach Berechnungen der Rentenversicherung dürften die Beiträge bis zum Jahr 2022 voraussichtlich stabil bei 18,6 Prozent bleiben. 2023 wird der Satz dann wieder auf 18,7 Prozent steigen. Für 2024 wird eine deutliche Steigerung auf 19,8 Prozent vorausgesagt – anschließend dürfte der Beitragssatz mit dem Eintritt weiterer geburtenstarker Jahrgänge in die Rente schrittweise weiter steigen, nämlich auf geschätzte 21,6 Prozent im Jahr 2030. (dpa)